



Aktenzeichen: Pet 2-19-09-2704-023391

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 26.01.2023 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen teilweise entsprochen worden ist.

Begründung

Mit der Petition wird der Deutsche Bundestag aufgefordert, sich in besonderen Maße - 1 Milliarde Hektar - für eine deutschlandweite, europäische und weltweite Aufforstung einzusetzen.

Nach Ansicht der Petentin solle dies durch eine Förderung bzw. Subventionierung von Einzelpersonen, Vereinen, Gruppen, Gemeinden, Ländern und anderen Institutionen erfolgen. Ferner sollte in europäischen und internationalen Gremien interveniert und die Aufforstung staatlich organisiert werden.

Der Weltklimarat habe das Ziel, die Erderwärmung bis 2050 auf 1,5 Grad zu begrenzen. Viele Bäume zu pflanzen, habe das Potenzial, zwei Drittel der bislang von Menschen gemachten klimaschädlichen CO₂-Emissionen aufzunehmen.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die vorliegende Petition verwiesen, die auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht wurde, dort 414 Mitzeichner fand und in neun Beiträgen diskutiert wurde.

Zu diesem Thema liegen dem Petitionsausschuss weitere Eingaben mit verwandter Zielsetzung vor, die wegen des Sachzusammenhangs einer gemeinsamen parlamentarischen Prüfung zugeführt werden. Der Ausschuss bittet daher um Verständnis, dass nicht auf alle vorgetragenen Gesichtspunkte eingegangen werden kann. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich unter Berücksichtigung von Stellungnahmen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) und des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) sowie zweier Stellungnahmen des Ausschusses für Ernährung und



Landwirtschaft, die nach § 109 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages von diesem Fachausschuss angefordert wurden, wie folgt dar:

Die Forderung steht im Zusammenhang mit der viel zitierten Studie der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich, nach der zwei Drittel der CO₂-Emissionen weltweit durch Waldaufbau auf einer Milliarde Hektar gebunden werden könne.

Ein nationales Aufforstungsprogramm wird vor dem Hintergrund der vielfältigen Schäden und der Klimaveränderungen in den Wäldern in Deutschland bereits diskutiert. Das BMEL setzt sich für ein groß angelegtes, nachhaltiges Aufforstungsprogramm mit standortangepassten Bäumen für robuste Mischwälder ein. Für dieses Aufforstungsprogramm und die anschließende Pflege sind nach Schätzungen mindestens 500 Millionen Euro nötig.

Der Petitionsausschuss unterstützt die Idee eines Wiederbewaldungsprogrammes. Ein solches Programm muss aber Vorbildcharakter für weiteren Waldumbau in der breiten Fläche haben. Es darf nicht in die Richtung gehen, mit erheblichen öffentlichen Mitteln auf den geschädigten Flächen das Problem noch einmal um eine Waldgeneration zu verlängern. Anfällige Fichtenwälder durch anfällige Fichtenwälder, andere Nadelbaumarten oder nicht-heimische Baumarten zu ersetzen, löst das Problem nicht. Nur wenn die Waldbewirtschaftung an ökologischen Zielen wie Diversität, Resilienz, Adaptionfähigkeit, dynamische Stabilität und Regenerationsfähigkeit ausgerichtet wird, es möglich sein, dauerhaft Holz im Rahmen einer nachhaltigen Waldnutzung aus den Wäldern zu ernten.

Es geht also um einen Paradigmenwechsel im Wald. Vorrangiges Ziel sollte die dauerhafte Sicherung strukturreicher, klimastabiler und ökologisch hochwertiger Waldökosysteme sein. Um den Wald auf diese Herausforderungen vorzubereiten, sollte der Fokus weniger auf Produktionszeiträume, Altersklassen und Ertragstafeln gelegt werden. Die Ergebnisse der dritten Bundeswaldinventur (BWI 2012) zeigen, dass viele Strukturparameter im deutschen Wald seit der ersten Bundeswaldinventur (1990) verbessert wurden. Allerdings sind die erzielten Verbesserungen in Sachen Baumartenmischung und Abkehr von Altersklassenwäldern bei weitem noch nicht ausreichend. 64 % der Wälder in Deutschland sind nicht naturnah. Eine naturnahe Baumartenzusammensetzung ist



Grundlage eine natürliche Biodiversität, Resistenz und Resilienz der Wälder samt ihren vielfältigen zeitlichen und räumlichen Prozessen.

Aus Sicht des Petitionsausschusses bedarf es eines kohärenten Ansatzes im Rahmen eines Wiederbewaldungsprogrammes mit folgenden Schwerpunkten:

Überführung von Altersklassenwäldern in Dauerwälder und Förderung der natürlichen Wuchsdynamik.

Langfristig sollen hochwertige klimastabile Waldökosysteme in Form von strukturreichen Laubmischwäldern geschaffen werden.

Die waldbauliche Praxis in Deutschland fokussiert nach wie vor auf eine aktive Bestandspflege mit regelmäßigen Eingriffen wie Läuterungen und Durchforstungen. Diese Eingriffe sollten auf ein Minimum reduziert und die vorhandenen Kapazitäten auf den Waldumbau gelenkt werden. Dies führt dazu, dass Waldbau als gesteuerter planmäßiger Prozess weniger wichtig wird und an die Stelle eine natürliche Dynamik tritt, die auch Störungen als natürliche Einflussgrößen im System toleriert.

Ausrichtung der Waldgesellschaften an der "potenziell natürlichen Vegetation"

Die Naturnähe der Baumartenzusammensetzung sollte das übergeordnete Kriterium bei der Wiederbewaldung sein. Standortheimische Baumarten sind bevorzugt zu verwenden. Einheimische Laubbäume sollen eine zentrale Rolle spielen. In Ausnahmefällen können "nicht gebietsheimische Herkünfte, heimischer Baumarten" (z.B. Eichen aus anderen Regionen Deutschlands) verwendet werden. Die natürliche Verjüngung soll, wo möglich und sinnvoll, zugelassen werden.

Die Jagd an den Bedürfnissen des Waldes ausrichten

Der Grundsatz "Wald vor Wild" soll konsequent umgesetzt werden.

Die jagdliche Nutzung stellt in Wäldern gegenüber der forstwirtschaftlichen Nutzung eine Nebennutzung dar. Vielerorts hohe Schalenwilddichten verhindern den angestrebten Waldumbau. Dazu bedarf es einer grundlegenden "Waldnovelle" des Bundesjagdgesetzes. Klimaschutz und Schutz der biologischen Vielfalt gewährleisten

Die CO₂-Speicherkapazitäten der Wälder sollen ausgebaut werden. Die aktive CO₂-Speicherleistung findet in den Waldspeichern ober- und unterirdische Biomasse, Boden, Totholz und Streu statt. Wälder in Deutschland mit einem aktuellen Holzvorrat von 336 m³/Hektar und 20,6 m³/Hektar Totholz sind weit von den Werten bekannter



europäischer Wälder entfernt. Buchenurwälder in den ukrainischen Karpaten (z.B. Uholka) haben bis zu 1000 m³/Hektar stehenden Vorrat und zusätzlich bis zu 250 m³/Hektar Totholz. Wälder älter werden zu lassen und Störungen als Einflussgrößen in einem natürlichen System zu tolerieren, erhöht also die CO₂-Speicherkapazität von Wäldern und sichert gleichzeitig die Biodiversität.

Wälder mit natürlicher Waldentwicklung fördern

Waldflächen ohne forstwirtschaftliche Nutzung sind wichtige Lebensräume für viele Tier- und Pflanzenarten im Wald. Sie sind auch als Referenzflächen für die Wissenschaft und Naturerfahrungsräume von besonderer Bedeutung. Die Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt (NBS) formuliert daher das Ziel, bis 2020 den Flächenanteil der Wälder mit natürlicher Waldentwicklung auf 5 Prozent zu erhöhen. Zurzeit liegt der Flächenanteil von Wäldern, für die die natürliche Entwicklung dauerhaft gesichert ist, bei 2,8 %.

Technologien zur Verwendung von Laubhölzern fördern

Bei Umsetzung des wegen des fortschreitenden Klimawandels notwendigen Waldumbaus werden Laubwälder die vorherrschende Formation in Deutschland bilden. Daher ist es erforderlich, dass insbesondere die holzverarbeitende Industrie mittelfristig verstärkt in Technologien zur Verwendung von Laubholz auch als langlebige Holzprodukte, z.B. im Baubereich investiert. Die Charta für Holz 2.0 des BMEL ist hier ein geeignetes Instrument zur besseren Umsetzung.

Auch für die Forstwirtschaft muss gelten: "Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen". Die Förderung von Wiederaufforstungsmaßnahmen durch öffentliche Gelder (z.B. im Rahmen der GAK) muss an klare Vorgaben gekoppelt werden, die insbesondere die Anforderungen an die Naturnähe und die reduzierte Bestandspflege aufgreifen sowie die Ausrichtung der Bewirtschaftung an ihrem Beitrag für den Klimaschutz bemessen.

Die Wiederherstellung von Wäldern und walddreichen Landschaften, die einen sehr hohen und vergleichsweise kostengünstigen und wirksamen Beitrag zur Minderung der Treibhausgasemissionen leistet, wird seit fast zehn Jahren erfolgreich mit der "Bonn Challenge" unterstützt. Die Bonn Challenge (siehe auch <https://www.bmu.de/WS5274>) ist eine weltweite Initiative, die bis zum Jahr 2030 350 Millionen Hektar Wälder wiederaufbauen möchte. Durch die Initiative wurden bereits 170 Millionen Hektar



konkreter Zusagen weltweit eingeworben. Deutschland unterstützt den Prozess politisch und finanziell durch die kontinuierliche Begleitung regionaler "Bonn Challenge" Veranstaltungen und durch Vorhaben der Internationalen Klimaschutzinitiative zur Umsetzung der Zusagen und zur Weiterentwicklung von Konzepten zur Finanzierung und dauerhaften Sicherung der Maßnahmen.

Die EU Kommission hat eine Initiative vorgestellt, um die Effektivität von EU-Maßnahmen zu steigern, die dazu beitragen, die Wälder weltweit, speziell Primärwälder, vor weiterer Umwandlung und Zerstörung zu schützen und Wälder wiederherzustellen. In diesem Zusammenhang sollen eine europaweite Bündelung bestehender Maßnahmen vorgenommen und neue Ideen für deren bessere Umsetzung entwickelt werden.

Der Ausschuss hat zwei Stellungnahmen nach § 109 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages vom Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft erhalten. Er hat sich mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Aktionsplan für ein gesunden und artenreichen Wald" (Drucksache 19/13079) und dem Antrag der Fraktion der FDP "Waldbonus schaffen – CO₂ reduzieren" (Drucksache 19/16484) befasst und die Eingabe in seine Beratungen einbezogen. Der Fachausschuss hat auf seine entsprechenden Beschlussempfehlungen auf den Drucksachen 19/15240 und 19/16484 verwiesen und erklärt, damit sei dem Anliegen der Petition zumindest teilweise entsprochen worden.

Wegen weiterer Informationen verweist der Petitionsausschuss auch auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP "Organische CO₂-Speicherung" auf Drucksache 19/3386.

Der Deutsche Bundestag hat sich somit in der 19. Legislaturperiode auf Basis von Gesetzentwürfen und verschiedenen Anträgen der Fraktionen zum Schutz des Klimas und der Umwelt sowie des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050 (Drucksache 19/13900) intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt und das Gesetz zur Einführung eines Bundes-Klimaschutzgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften verabschiedet, das am 18. Dezember 2019 in Kraft getreten ist. Dieses Gesetz ist inzwischen durch verschiedene Neuregelungen in Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021 im Sinne des Klimaschutzes vom



Deutschen Bundestag angepasst worden. Weitergehende Informationen zu sämtlichen Dokumenten und Protokollen der Plenarsitzungen können der Internetseite des Deutschen Bundestags unter www.bundestag.de > Dokumente > Dokumentations- und Informationssystem (DIP) > Beratungsabläufe (Inhaltliche Suche, Suchwort: Klimaschutz) entnommen werden.

Mit Blick auf die obigen Darlegungen und die anliegende ausführliche Stellungnahme des BMEL empfiehlt der Petitionsausschuss, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen teilweise entsprochen worden ist.

Anlage:

Stellungnahme des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vom 30.07.2021

Zur Situation der Wälder in Deutschland im Klimawandel

Mit einem Waldflächenanteil von rund 32 Prozent (11,4 Millionen Hektar) ist Deutschland trotz seiner intensiven Besiedelung eines der walddreichsten Länder Europas. Seit dem Jahr 1990 wuchs die Waldfläche sogar noch um mehr als 200.000 Hektar an. Mischwälder prägen mit einem Flächenanteil von 76 Prozent den deutschen Wald. Auf mehr als der Hälfte der Waldfläche wachsen Nadelbäume, wobei Fichte (25 Prozent) und Kiefer (23 Prozent) den größten Anteil haben. Laubbaumarten finden sich auf 45 Prozent der Waldfläche, Buche (16 Prozent) und Eiche (10 Prozent) sind die wichtigsten Arten (Thünen-Institut (2019): Wald in Deutschland - Wald in Zahlen. Ergebnisse der Kohlenstoffinventur 2017). Insbesondere durch den seit Mitte der 1980er Jahre mit öffentlichen Geldern geforderten Waldumbau hat der Laubbaumanteil stetig zugenommen. Der Holzvorrat in den Wäldern Deutschlands hatte 2017 mit 3,9 Milliarden Kubikmetern oder 358 Kubikmetern pro Hektar einen historischen Höchststand erreicht. Der Totholzvorrat ist zwischen den Jahren 2012 und 2017 um 14 Prozent auf 22,4 Kubikmeter pro Hektar angestiegen. Der Wald wird in Deutschland im Vergleich zu anderen Landnutzungsformen ausgesprochen extensiv bewirtschaftet. Die Wälder weisen in Deutschland eine hohe Vielfalt von walddtypischen Tier-, Pilz- und Pflanzenarten auf. Fast 2.900 Pflanzenarten kommen im Wald vor. Auch die Rote Liste der gefährdeten



Biotoptypen Deutschlands zeigt, dass sich die Entwicklung bei vielen Waldbiotopen stabilisiert hat.

Die Folgen des Klimawandels haben in den letzten Jahren deutliche Spuren in Deutschlands Wäldern hinterlassen. Die Stürme in den Jahren 2017 und 2018, die extreme Dürre und Hitzewellen in den Jahren 2018 bis 2020 sowie die massenhafte Vermehrung von Borkenkäfern haben in den Wäldern in Deutschland zu Störungen und massiven Waldschäden geführt. Nahezu alle Hauptbaumarten weisen Vitalitätseinbußen und Schadsymptome auf. Großflächig sterben vor allem Fichten auf schlecht mit Wasser versorgten Standorten. Auf Grundlage der Länderabfrage mit Stand 31. Dezember 2020 ist von einer geschädigten Waldfläche von insgesamt 277.000 Hektar auszugehen, die wieder zu bewalden sind. Dabei sollten, wo möglich und sinnvoll, die Potentiale der Naturverjüngung und dynamischen Waldentwicklung genutzt werden.

Der Klimawandel ist für die Wälder und deren Bewirtschaftung eine der bedeutendsten Herausforderungen. Neben der akuten Schadensbewältigung stellt die langfristige Anpassung der Wälder die zentrale Aufgabe dar. Die Wälder im Interesse künftiger Generationen klimaresilient zu entwickeln und fit für die Zukunft zu machen, kann mit Blick auf die aktuelle Schadenslage von den kommunalen und privaten Forstbetrieben allein nicht bewältigt werden, sondern verlangt eine deutliche, gesamtgesellschaftliche Unterstützung. Das BMEL setzt sich ein für klimaanpassungsfähige, naturnahe, nachhaltig bewirtschaftete Mischwälder, die das Risiko großflächiger Waldschäden mindern und auch in Zukunft weiterhin Kohlenstoff binden. Wir wollen Wälder erhalten und entwickeln, die wie bisher die verschiedenen, unverzichtbaren Ökosystemleistungen für die Gesellschaft auch in Zukunft erbringen und auch für die zukünftigen Generationen weiterhin nachhaltiges; heimisches Holz als wichtigen klimafreundlichen, nachwachsenden Rohstoff produzieren.

Der genaue Verlauf der Klimaänderungen sowie das Eintreten und das Ausmaß bestimmter extremer Witterungsereignisse lassen sich nicht langfristig vorhersagen. Sich hinsichtlich der Baumarten, Mischungen und Altersstrukturen breiter und flexibler aufzustellen ist daher ein wichtiger Ansatz für Stabilität und Risikominimierung. Naturnahe, artenreiche Mischwälder mit überwiegend heimischen Baumarten sind resilienter und anpassungsfähiger gegenüber klimatischen Veränderungen. Sie sind mit



Blick auf die Holzprodukten weniger störanfällig, hinsichtlich des Boden- und Wasserschutzes besonders leistungsfähig und ein wichtiger Beitrag zum Schutz der Biodiversität. Großflächige Reinbestände gilt es deshalb zu vermeiden bzw. sind langfristig noch stärker zu durchmischen. Bei Mischwäldern sollten heimische Baumarten und Herkünfte bevorzugt gefördert werden, die nach heutigem Stand des Wissens geeignet sind, mit dem jetzigem wie auch zukünftigem Klima zurechtzukommen. Dies beinhaltet sowohl Laub- als auch Nadelbaumarten. Mit Blick auf die klimawandelbedingten Schädigungen vieler heimischer Baumarten sollten auch nicht-heimische Baumarten berücksichtigt werden.

Das BMEL leistet in Zusammenarbeit mit den Ländern einen maßgeblichen Beitrag, die akuten Schäden zu bewältigen, geschädigte Wälder wieder zu bewalden sowie die Wälder in Deutschland in ihrer Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel zu stärken. Insgesamt wurden zur Bewältigung der aktuellen Waldschäden für den Sektor Forst und Holz Unterstützungsmaßnahmen in Höhe von insgesamt rund 1,5 Milliarden Euro bereitgestellt. Diese wurden im Rahmen des Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets der Bundesregierung, über die Nachhaltigkeitsprämie Wald, das Investitionsprogramm Wald und dem Investitionsprogramm Holzwirtschaft und das Förderprogramm Klimafreundliches Bauen mit Holz umgesetzt (zusammen 700 Millionen Euro). Außerdem wurde bereits im Jahr 2019 auf Initiative des Bundes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) ein umfangreiches Hilfspaket für die privaten und kommunalen Waldeigentümer in Höhe von 478 Millionen Euro (Bundesmittel) für flächenwirksame Maßnahmen für die Jahre 2020 bis 2023 auf den Weg gebracht. Zusammen mit der Ko-Finanzierung der Länder stehen damit aus der GAK rund 800 Millionen Euro für Maßnahmen zur Bewältigung der Waldschäden auf den Schadflächen sowie für Maßnahmen im gesamten Wald zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel bzw. den Waldumbau zur Verfügung.

Darüber hinaus soll der Beitrag des Waldes zum Klimaschutz künftig vergütet werden. Dazu wurde auf dem "Nationalen Waldgipfel 2021" ein neues Modell vorgestellt: Mit diesem Vorschlag soll mit nachhaltiger Bewirtschaftung und dem Fokus auf langlebigen Holzprodukten mehr vom klimaschädlichen Treibhausgas CO₂ in Holz und Wald



gebunden werden. Das ist ein wesentlicher Beitrag, um die Klimaschutzziele zu erreichen.

Im Herbst 2018 wurde ein neuer Förderbereich in das bereits bestehende GAK-Fördersystem von Bund und Ländern aufgenommen, womit Maßnahmen auf den Schadflächen für private und kommunale Waldeigentümer gefördert werden: Maßnahmen zur bestands- und bodenschonenden Räumung von Kalamitätsflächen, Waldschutzmaßnahmen und Wiederbewaldung. Dabei ist auch die Wiederbewaldung aus Naturverjüngung förderfähig (z. B. Vorbereitung der Fläche, Schutz vor Wildverbiss) und wird bei der Ermittlung von Mindest-Laubbaumanteilen berücksichtigt. Bei Wiederaufforstungen ist ein hinreichender Anteil standort-heimischer Baumarten einzuhalten und durch geeignete Methoden der Bestandesbegründung (z. B. Gruppenpflanzung) zu sichern. Nadelreinbestände sind bei Erst- und Wiederaufforstung nicht förderfähig, bis auf begründete Ausnahmefälle bei fehlenden standörtlichen Wuchsbedingungen für Laubbäume (z.B. Höhenlagen der Mittelgebirge, Alpen).

Zur Aufforstung in Deutschland, Europa und weltweit:

In jüngeren wissenschaftlichen Studien wurde das Aufforstungspotential und die daraus abgeleitete Klimaschutzwirkung teilweise deutlich überschätzt (Luedeling et al., Science 18 Oct 2019: Vol. 366, Issue 6463, pp. 315). Die Hauptgründe für die Überschätzung sind fehlerhafte Annahmen zur Flächenverfügbarkeit und zur Wuchsdynamik. Ein Abgleich mit Parametern zur tatsächlichen Verfügbarkeit oder eine Verifizierung, mit Forstexperten hat offenbar unzureichend stattgefunden.

Die in der Realität vorhandenen Aufforstungshemmnisse zeigen sich auch bei der internationalen Initiative "Bonn Challenge" zum Wiederaufbau von Wäldern weltweit. Wie im aktuellen Waldbericht der Bundesregierung dargelegt, hat diese in den letzten Jahren zwar Fortschritte erbracht. Zusagen von Ländern liegen für 210 Millionen Hektar vor. In den 13 Ländern, die zuletzt über konkrete Maßnahmen auf der Fläche berichteten, wurden konkrete Maßnahmen auf 43,7 Millionen Hektar durchgeführt. Diese bewegen sich dabei in einem breiten Rahmen mit einem Schwerpunkt auf Verbesserung oder Wiederherstellung degradierter Wälder und auf Agroforstwirtschaft. Nur sehr selten wurden allerdings Aufforstungen bisher unbewaldeter Flächen durchgeführt.



Der Weltklimarat der Vereinten Nationen (Intergovernmental Panel on Climate Change - IPCC) hat in seinem Sonderbericht "Klimawandel und Land" aus dem Jahr 2019 eine umfassende Bewertung der Thematik vorgenommen. Er stellt fest, dass nicht nur die Wirkung von Aufforstungsmaßnahmen alleine, sondern auch die Bewirtschaftung der vorhandenen Wälder und die nachgelagerte Holzverwendung zu berücksichtigen sind. Denn nachhaltige Waldbewirtschaftung könne Entwaldung verhindern, Kohlenstoffsinken erhalten und verbessern und gleichzeitig zur Reduktion von Treibhausgasemissionen beitragen. Zudem werden Fasern, Holz und Biomasse bereitgestellt, um den wachsenden globalen Bedarf der Gesellschaft zu decken. Der IPCC unterstreicht zudem, dass sowohl die Kohlenstoffspeicherung in langlebigen Holzprodukten wie auch die Substitution emissionsintensiver Materialien durch Holz ebenfalls zur Minderung der Gesamtemissionen und damit des Klimawandels beitragen. Ein Ziel der im Jahr 2020 verabschiedeten EU-Biodiversitätsstrategie ist es, bis zum Jahr 2030 insgesamt 3 Milliarden Bäume zu pflanzen. Das Aufforstungspotenzial (oder die Aufforstungsbereitschaft) in Europa ist jedoch aufgrund der historisch gewachsenen Kulturlandschaft begrenzt. Dies haben die eher wenig erfolgreichen Bemühungen zur Förderung der Erstaufforstung in der EU über die vergangenen 30 Jahre gezeigt. Das Potenzial zur Pflanzung von 3 Milliarden Bäumen liegt daher vor allem auf der Pflanzung von Bäumen im urbanen Raum und in der freien Landschaft wie z. B. in Agroforstsystemen, entlang von Straßen sowie durch die Begrünung von Städten (Urban, Forestry - 70 Prozent der globalen THG Emissionen entstehen in Städten).

Aufforstungsziele in Deutschland und Europa, in Bezug auf deren CO₂-einbindenden Effekt, sind darüber hinaus im globalen Kontext zu betrachten. Während die EU-Kommission in der jüngst aktualisierten sog. LULUCF-Verordnung für die EU das Ziel von 310 Millionen Tonnen CO₂ für die Senkenfunktion im Landnutzungssektor bis zum Jahr 2030 vorschlägt, verursachen Waldumwandlungen in landwirtschaftliche Flächen, nicht nachhaltige Waldbewirtschaftung und illegaler Holzeinschlag allein in Indonesien rund 700 Millionen Tonnen CO₂ Emissionen jährlich. Zum Vergleich: In Deutschland, einem der walddreichsten Länder der EU, beträgt die jährliche Kohlenstoffspeicherwirkung im Wald laut dem gerade veröffentlichten Waldzustandsbericht der Bundesregierung 57 Millionen Tonnen CO₂. Durch die durch



nachhaltige Waldbewirtschaftung bereitgestellten Holzprodukte werden jährlich 4,2 Millionen Tonnen CO₂ stofflich langfristig gebunden.

Neben Aufforstungen kommt es aus den dargestellten Gründen daher darauf an, die in Deutschland und Europa durch nachhaltige multifunktionale Waldbewirtschaftung bereitgestellte und ausreichend vorhanden Ressource Holz und ihr vielfältiges Potenzial für die Transformation der EU-Wirtschaft hin zu einer zirkularen Bioökonomie zu nutzen und somit Verlagerungseffekte aufgrund des stetig steigenden globalen Holzbedarfs, insbesondere hin zu Ländern mit geringerer Rechtsdurchsetzung, zu vermeiden (Thünen Working Paper 159). Wie nachhaltige Waldbewirtschaftung und die Produktion der Ressource Holz bei gleichzeitigem Schutz von Klima und Biodiversität gelingen kann, zeigt seit 2017 das durch BMEL geförderte europäische Netzwerk "INTEGRATE", in dem aktuell 19 europäische Mitgliedsstaaten sowie die EU vertreten sind.